

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1995)
Heft: 3: Trotz Strom kein Lohn!

Artikel: Für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft
Autor: Thür, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft

Die Lohnkosten steigen schneller als die Energiepreise. Dadurch verliert für die Unternehmer das Erhalten von Arbeitsplätzen an Attraktivität. Energiekosten werden dagegen als Ausgabenposten kaum wahrgenommen. Dem will die grüne Initiative "Energie statt Arbeit besteuern" (siehe auch Beilage) einen Riegel schieben. Sie zielt auf ökologischeren Umgang mit den Ressourcen ab und will gleichzeitig den Stellenabbau vermindern.

Von Hanspeter Thür*

Weil der Einsatz von energiebetriebenen Maschinen sich zunehmend besser rechnete als der Einsatz der immer teurer werdenden menschlichen Arbeitskraft, erlebten wir in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Technisierungs- und Rationalisierungsschub. Ein Zahlenbeispiel soll dies verdeutlichen: Während sich die Löhne seit 1950 nahezu verzehnfacht haben, hat sich der Preis von Super-Benzin kaum verdoppelt. Wenn man den Kaufkraftvergleich anstellt, wird die Diskrepanz noch drastischer: 1950 war das Kilo Brot billiger als ein Liter Benzin. Heute zahlt man für das Brot rund das Vierfache. Würde heute noch die gleiche Relation gelten, müsste der Liter Benzin gemessen am Brotpreis über 4 Franken kosten!

Steigende Arbeitsproduktivität – fallende Energieeffizienz

Unter diesen Preisrelationen ist die kostbare Arbeitskraft mittels technologischer Innovation immer effizienter eingesetzt worden. Immer weniger Arbeitskräfte produzieren immer mehr, oder anders ausgedrückt, die Arbeitsproduktivität ist deutlich gestiegen – sie hat sich seit 1950 etwa vervierfacht.

Umgekehrt hat sich die Energieeffizienz seither um rund 50 Prozent verschlechtert: Mit der gleichen Menge Energie erreicht man nur noch halb so viel wie 1950! Und dies trotz der Sparanstrengungen der letzten Jahre. Dabei sind sich die Fachleute einig, dass die Energieeffizienz aufgrund der technischen Möglichkeiten

um ein mehrfaches erhöht werden könnte, wenn der nötige Druck durch steigende Energiepreise erzeugt würde. Heute müssen wir also feststellen, dass die ausserordentlich billigen



Energiepreise geradezu zur Verschwendung eingeladen haben. Diese Entwicklung hatte neben der ökologischen Dimension auch eminente sozialpolitische Auswirkungen: Weil immer weniger Arbeitskräfte immer mehr produzieren, werden mittelfristig immer mehr Menschen ohne Arbeit sein, da der Konsum des stän-

Die ausserordentlich billigen Energiepreise haben geradezu zur Verschwendung eingeladen.

dig anwachsenden Warenausstosses nicht beliebig gesteigert werden kann: Wer braucht schon drei Kühlschränke und vier Autos? Bereits heute sind sich Fachleute einig, dass auch in der Schweiz trotz Aufschwung eine hohe Sockelarbeitslosigkeit bleiben wird.

Diese Entwicklung hat sich in Europa bereits seit längerer Zeit abgezeichnet.

Die grüne Initiative "Energie statt Arbeit besteuern" knüpft exakt an diesen Erkenntnissen an und versucht einer Entwicklung, die zu unerwünschten ökologischen, sozial- und wirtschaftspolitischen Folgen geführt hat, eine neue Dynamik zu geben: Die Energie muss teurer werden, damit die Umweltbelastung abnimmt und der Produktionsfaktor Arbeit muss im Verhältnis zur Energie billiger werden, damit der Rationalisierungsdruck und der Abbau von Arbeitsplätzen tendenziell abnimmt.

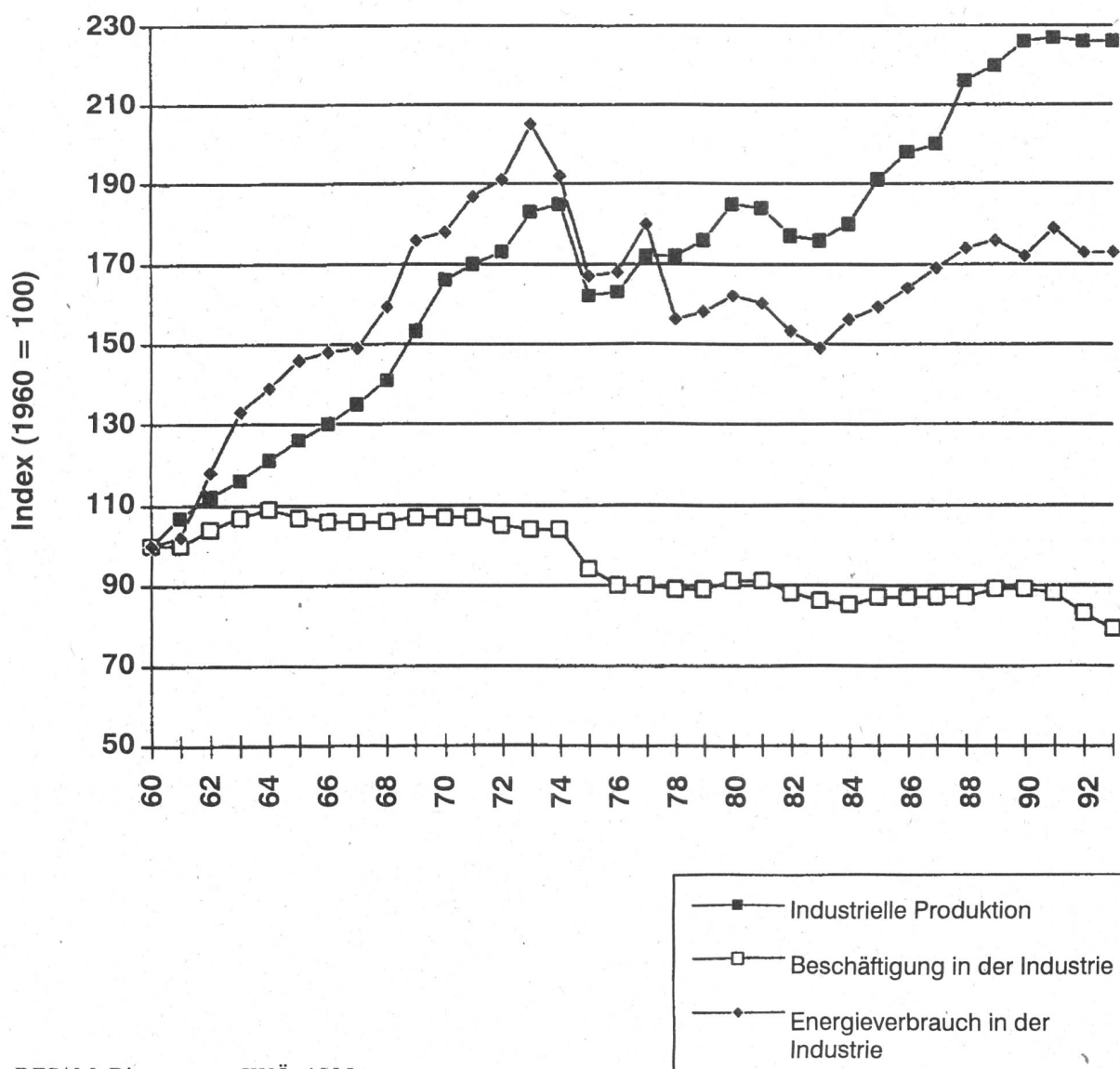
Mit der ökologischen Steuerreform verfolgen die Grünen genau diese Stossrichtung: Sie soll langfristig gleichzeitig zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit und zur Verminderung der ökologischen Krise

Gefährdet ist eine Sozialversicherung, die bei abnehmenden Beschäftigungszahlen weiterhin auf Lohnprozenten aufbaut.

beitragen. Die Initiative schlägt deshalb vor, dass in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren die Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV) über eine Energiesteuer finanziert werden sollen. Das hätte – je nach dem Spareffekt, der durch die Verteuerung der Energie zweifellos ausgelöst würde – eine Verdoppelung bis Vervielfachung des Energiepreises zur Folge. Die Energie wäre ein geeignetes Steuersubstrat zur Finanzierung der Sozialversicherungen, weil eine hochtechnisierte Gesellschaft – auch wenn sich die Energiepreise vervielfachen würden – immer auf Energie angewiesen sein wird. Die immer wieder gehörte Behauptung, die Finanzierung der Sozialversicherungen sei auf dieser Basis nicht garantiert ist deshalb haltlos: Viel eher ge-

* Hanspeter Thür ist Aargauer Nationalrat und präsidiert die Grüne Partei der Schweiz.

Produktion, Beschäftigung und Energieverbrauch im Industriesektor



Quelle: BFS/ M. Binswanger, IWÖ, 1995

fährdet ist eine Sozialversicherung, die bei abnehmenden Beschäftigungszahlen weiterhin auf Lohnprozenten aufbaut.

Keine Konkurrenz zur Energie-Initiative

Die Initiative der Grünen Partei ist keine Konkurrenz zur bereits eingereichten Energieinitiative der Umweltverbände. Denn bei der Energieinitiative geht es nicht um eine Steuerreform, sondern um die Einführung einer Lenkungsabgabe, welche sich einzig an einem ökologisch motivierten Lenkungsziel orientiert. Die grüne Initiative geht weiter. Sie verfolgt darüber hinaus eine sozi-

al- und wirtschaftspolitische Zielsetzung.

Die Energieinitiative der Umweltverbände ist ein realpolitischer Schritt

**Die Initiative garantiert,
dass das Thema
"Energiesteuer" nach einer
allfälligen Ablehnung der
Energieinitiative nicht vom
Tisch ist.**

zur Umsetzung einer Forderung, die heute vom Konzept her eine breite Akzeptanz gefunden hat und "nur"

noch politisch durchgesetzt werden muss. Die grüne Initiative formuliert einen neuen Denkansatz, der Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik verknüpfen will und in verschiedenen Kreisen noch sehr umstritten ist.

Auch in zeitlicher Hinsicht besteht keinerlei Konkurrenzsituation: Die grüne Initiative wird frühestens zwei Jahre nach der Abstimmung über die Energieinitiative dem Volk vorgelegt werden. Die Initiative garantiert damit, dass das Thema "Energiesteuer" nach einer allfälligen Ablehnung der Energieinitiative nicht vom Tisch ist und mit einer neuen Variante in der öffentlichen Diskussion bleibt. Daran müssten die Umweltverbände ohne Zweifel ein Interesse haben. □